

Über Pistenverlängerungen stimmt das Volk in jedem Fall ab



Landung auf der Piste 14, von Norden her – im Hintergrund ist Kloten erkennbar. Ob diese Piste gegen Oberglatt hin, wo jetzt die Pistenbefeuering zu sehen ist, dereinst verlängert wird, liegt seit gestern alleine in der Hand der Zürcher Stimmberechtigten.

Armin Manser / Netz Oeschger

FLUGHAFEN Der Kantonsrat hat gestern beschlossen, dass Abstimmungen über Pistenausbauten am Flughafen Zürich immer vors Volk müssen. Die Gegner dieser Forderung bezweifeln, dass das Vorgehen zulässig ist, und prüfen nun rechtliche Schritte.

Der Zürcher Kantonsrat hat gestern die Initiative «Pistenveränderungen vors Volk!» mit 123 Ja zu 48 Nein-Stimmen angenommen. Das heisst, dass bei einer Abstimmung über Pistenausbauten das Volk in jedem Fall das letzte Wort haben wird: Also auch dann, wenn sich das Parlament dagegen aussprechen sollte. Normalerweise kann ein Referendum nur nach einem zustimmenden Beschluss ergriffen werden.

Die Regierung und die Mehrheit der Kantonsräte sprach sich dennoch für diese Sonderregelung aus. Die Frage, ob der Flughafen Zürich seine Pisten verlängern darf oder nicht, sei zu bedeutend, um sie ohne die Meinung der Bevölkerung beantworten zu lassen, argumentierten die Befürworter der SVP, FDP, CVP und EDU. Zudem werde mit dem Volksentscheid im Rücken die Position gegenüber Bundesbern gestärkt.

Unterstützung erhielten die Bürgerlichen von der SP. «Wir haben keine Angst vor den Stimmbürgern», begründete Ruedi Lais (Wallisellen) die Haltung der SP.

Unterländer Abweichler

Zu den Gegnern der Initiative zählen nebst den Grünen, der

GLP, EVP und AL auch bürgerliche Unterländer Kantonsräte. Wie schon bei früheren flughafenrelevanten Abstimmungen wichen sie von der Vorgabe ihrer Partei ab. Von der SVP stimmten Erich Bollinger (Rafz), Matthias Hauser (Hüntwangen), Ursula Moor (Höri), Margreth Rinderknecht (Wallisellen), Claudio Schmid (Bülach) und Jürg Sulser (Oteltingen) für ein Nein. Weitere Abweichler waren Michael Biber (FDP, Bachenbülach), Hans Egli (EDU, Steinmaur) und Michael Welz (EDU, Oberembrach). Für Matthias Hauser ist klar, dass es die Initiative nur gibt, weil die Mehrheit der Bevölkerung im Süden der Pisten wohnt. Diese würde wohl allfälligen Ausbauten zustimmen, um ihrerseits weniger Fluglärm ertragen zu müssen.

Die Gegner der Initiative «Pistenverlängerungen vors Volk!» sehen noch ein weiteres Problem: Sie kritisieren, dass sich der Kantonsrat mit dem Instrument des negativen Referendums selber entmachte und ein heikles Präjudiz geschaffen werde.

Gegner erwägen Beschwerde

Markus Bischoff, AL-Kantonsrat und Jurist, bezweifelt denn, dass die Kantonsverfassung ein solches negatives Referendum überhaupt zulässt. Er erwägt, mit einer Beschwerde ans Bundesgericht zu gelangen.

Die Richter sollen klären, ob ablehnende Entscheide eines Parlaments per Referendum angefochten werden können. Ganz vom Tisch ist das Thema demnach noch nicht. *hz*